

*
*
*
*
*
*
*
*

ÜBERSICHTEN

*
*
* * * * *

AUSSENPOLITIK

*
*
* * * * *

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

*(1)
KPCh gegen Weltkonferenz der Kommunistischen Parteien
Wu Xingtang, Sprecher der ZK-Abteilung für Internationale Beziehungen, gab auf einer Pressekonferenz am 29. Januar 1985 die Auffassung der Parteizentrale bekannt, "daß die Einberufung einer Weltkonferenz der Kommunistischen Parteien unter den gegenwärtigen Umständen nur dazu führen würde, die Unterschiede zu verschärfen und die Risse in der internationalen kommunistischen Bewegung zu vergrößern" (XNA, 30.1.85). Wu fügte hinzu, daß eine Einberufung einer Weltkonferenz der Kommunistischen Parteien zum gegenwärtigen Zeitpunkt für den Kampf um die Erhaltung des Weltfriedens "schädlich" wäre. -sch-

AFRIKA UND NAHOST

*
*
* * * * *

*(2)
"Brenzlige Lage im Golf"

Beim Besuch einer kuweitischen Parlamentsdelegation betonte Peng Zhen, Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des NVK, daß das "Golfgebiet eine jener Regionen ist, wo die Imperialisten und Hegemonisten Unruhe stiften" und wo die Lage deshalb besonders "explosiv" sei. Immer wieder fordert die chinesische Regierung bei allen sich bietenden Gelegenheiten die Beendigung des Golfkriegs. "Verhandlungen" seien der "einzige Weg". Der Krieg habe der Wirtschaft der beiden Länder schwere Verluste zugefügt. Irak gebe monatlich für den Krieg 900 Mio. US\$ aus, und der Iran habe seine Ausgaben i.J. 1984 täglich auf 12 Mio. US\$ hochgeschraubt. Der Irak wünsche inzwischen zwar ein Ende des Krieges, doch bestehe der Iran nach wie vor darauf, daß der Irak sämtliche Kriegsreparaturen begleiche, und daß außerdem die

Aggressoren, vor allem also der irakische Staatspräsident Hussain, bestraft werden. Diese Vorstellungen wiederum wurden vom Irak als unannehmbar zurückgewiesen.

Gestützt auf sein ausgedehntes Territorium und seine Bevölkerung sowie auf seine bessere wirtschaftliche Situation versuche der Iran, den Irak militärisch und wirtschaftlich zu zermürben. Dieser wiederum begegne solchen Versuchen einerseits mit der Verlagerung des Schlachtfelds zum Golf, indem er dort den Öllexport des Iran zu verhindern suche (Bombardierung von Ölschiffen), und baue andererseits eine Ölpipeline durch die Türkei sowie durch Saudi-Arabien, um seinerseits die Öleinnahmen zu vergrößern und den Krieg länger durchhalten zu können. Beide fassen sich gegenseitig an die wirtschaftliche Kehle, indem der Iran damit droht, die Hormuz-Straße, den strategischen "Ölausgang" im Golfgebiet, zu blockieren, während andererseits der Irak die Kharg-Insel, von der 90% des iranischen Öls verladen werden, zu bombardieren versucht.

Vergeblich habe bisher sowohl die UNO als auch der Golf-Kooperationsrat versucht, dem im Patt erstarrten Krieg ein Ende zu machen.

Die USA und die Sowjetunion zögen aus diesen Entwicklungen ihre Vorteile: Die USA hätten unter dem Vorwand, die internationale Durchfahrt durch die Hormuz-Straße zu "verteidigen", eine Sonderflotte mit einem Flugzeugträger und sechs weiteren Kriegsschiffen in die Nähe der Straße entsandt und erklärt, sie würden notfalls militärisch eingreifen.

Die Sowjetunion andererseits, die sich nach außen hin neutral gibt, unterstütze einmal die eine, dann wieder die andere Seite. Außerdem verkaufe sie Waffen an beide Länder und hoffe, so ihr eigenes Süppchen zu kochen. Sie erhöhe ihren Einfluß im Golfgebiet von Tag zu Tag und versuche, ihre Beziehungen mit Ägypten zu erneuern, die Allianz mit Syrien zu "zementieren" und die beiden Kriegsgegner gegeneinander auszuspielen (XNA, 30.7.84). Moskau habe sich bereit erklärt, dem Irak langfristige Kredite in Höhe von 2 Mrd. US\$ zu gewähren und ihm ferner Mittelstreckenraketen vom Typ SS-21 zur Verfügung zu stellen. Es strecke gleichzeitig aber auch dem Iran die Hand entgegen - und dies, obwohl dieser 1982 die moskautreue Tudeh-Partei verboten habe.

Beide Seiten sollten schleunigst zur Vernunft kommen: Seien sie nicht allemal Staaten der Dritten

Welt und darüber hinaus auch noch islamische Länder!?

China wendet sich auch immer wieder gegen die Attacken auf Öltanker in der Golfregion und zeigte sich ganz besonders empört, als im Mai 1984 der jugoslawische Tanker Fidelity angegriffen wurde. In der gleichen Woche waren bereits zwei kuweitische und drei saudi-arabische Tanker von Raketen attackiert worden - offensichtlich irakischer Provenienz.

China bedeutete den beiden Kombattanten gegenüber immer wieder seine neutrale Haltung und fuhr gleichzeitig damit fort, ihnen den sinnlosen "Abnutzungskrieg" auszureden (Krieg seit September 1980).

Bei diesem Bemühen bediente es sich zweier Strategien: Zum einen hatte es sich mit Waffenlieferungsgeschäften auseinandergesetzt, zum anderen suchte es zu jedem der beiden Staaten Arbeitsbeziehungen zu errichten.

Was den ersteren Punkt anbelangt, so war im Februar 1983 das Gerücht aufgekommen, daß Beijing dem Irak Panzer im Wert von zweieinhalb Mrd. DM geliefert habe. Die Panzer aus China liefen unter der Typenbezeichnung "69" und würden auf dem Seeweg nach Saudi-Arabien und von dort auf dem Landweg in den Irak gebracht. Es handle sich um eine verbesserte Version des sowjetischen T-64 Panzers (FR, 1.2.83).

Im Februar 1984 hieß es dann umgekehrt, daß Beijing Waffen an den Iran liefere (Londoner Daily Mail und DIE WELT, 22.2.84). Der gesamte Waffenhandel, der aufgrund eines Geheimvertrags abgewickelt werde, belaufe sich auf 4 Mrd. DM und umfasse die Lieferung chinesischer 107-mm-Granaten, denen später Panzer und auch Kampfflugzeuge folgen sollten. Beijing habe die Verhandlungen über Syrien geführt, um selbst im Hintergrund zu bleiben.

Beide Meldungen wurden von chinesischer Seite mit Empörung demontiert.

Im übrigen versucht China, wie gesagt, Arbeitsbeziehungen mit jedem der beiden Kombattanten zu errichten. Bei einem Besuch des iranischen Außenministers in Beijing wurde beschlossen, kulturell und wirtschaftlich zusammenzuarbeiten. Am 14.9.1983 wurde ein Abkommen über kulturelle, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit unterzeichnet (XNA, 14.9.83). Am 8. März wurden erneute Handelsgespräche geführt (XNA, 8.3.84).

Auch mit dem Irak ist China im Gespräch, u.a. war dies mit Außenmi-

nister Aziz im Dezember 1983 der Fall (XNA, 14.12.83). Etwas getrübt wurden die bilateralen Beziehungen durch das enge Verhältnis zwischen Irak und Sowjetunion, das seinen Ausdruck u.a. in einem Kreditabkommen zwischen Moskau und Bagdad vom 14. Juli 1984 fand (XNA, 16.7.84) (Weitere Berichte über das beiderseitige Verhältnis in C.a. Januar 1982, Ü.3, und September 1980, Ü.5).

Im November 1984 besuchte Außenminister Wu Xueqian den Iran (26.11.84).

Im Dezember 1984 fand die 2. Sitzung des chinesisch-irakischen gemeinsamen Ausschusses für Außenhandel, technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit in Beijing statt. Danach wird China aus dem Irak Datteln, Phosphatdünger und Schwefel einführen, während der Irak aus China Textilien und leichtindustrielle Produkte, Maschinen und Handwerksartikel bezieht (XNA, 7.12.84). -we-

* (3)

China applaudiert den Kooperationsbemühungen der Golfländer

Am 25. Mai 1981 war der Golf-Kooperationsrat (GCC) von Saudi-Arabien, Kuwait, Qatar, Bahrain, Oman und den VAE gegründet worden. Die Repräsentanten des GCC stehen in ständigem Kontakt zueinander und konsultieren sich über wichtige Fragen im Golf sowie im Nahen Osten, suchen gemeinsame Standpunkte und koordinieren ihre Aktionen. Sie haben gemeinsam den Irak und Iran aufgefordert, ihren Krieg zu beenden, den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan gefordert und wiederholt Israel wegen seiner Libanon- und seiner Palästinenser-Politik verurteilt. Auch hat er inzwischen mehrere Male die Angriffe Iraks und des Iran auf Öltanker im Golf verurteilt und sich gegen Einmischungen der Supermächte in die Golfangelegenheiten entrüstet.

Angesichts der gespannten Situation in der Region hat der GCC inzwischen auch eine militärische Zusammenarbeit beschlossen. Bereits im Oktober 1983 veranstalteten die sechs Mitgliedstaaten zum ersten Mal in den VAE gemeinsame militärische Manöver, denen bilaterale Manöver auch zu verschiedenen Anlässen folgten. U.a. soll auch eine gemeinsame "Eingreiftruppe" aufgestellt werden.

Auch wirtschaftlich strebt der GCC nach Integration. Die sechs Mitgliedstaaten haben ein gemeinsames Wirtschaftsabkommen unterzeichnet, und i.J. 1982 eine Golf-Investitionsgesellschaft mit Anlagen von 2,1 Mrd. US\$ gebildet. Ferner arbeiten sie auf eine Einebnung der

wechselseitigen Zölle und Importtarife hin. Bis zum Jahre 1990 soll die Golfregion zu einem gemeinsamen Markt werden.

Eine seiner wichtigsten Aufgaben sieht der GCC darin, die Auseinandersetzung zwischen den Arabischen Ländern beizulegen und die Einheit der Arabischen Welt zu stärken. Auf Initiative des GCC unterzeichneten z.B. Oman und die Volksdemokratische Republik Jemen im Oktober 1982 eine Deklaration zur Normalisierung ihrer Beziehungen, die einen Schlußpunkt unter eine fünfzehnjährige Feindschaft setzte. 1983, als es zu Fraktionskämpfen innerhalb der Al Fatah kam, entsandte der GCC eine Vermittlungsdelegation. Außerdem sind Schlichtungsbemühungen zwischen Syrien und der PLO sowie zwischen Libanon und Syrien im Gange.

Ein Kommentar der Beijinger Volkszeitung nannte die 5. Gipfelkonferenz des GCC einen weiteren "positiven Schritt in Richtung auf die Sicherung des Friedens und der Stabilität der Golfregion sowie im Nahen Osten". U.a. wolle der GCC sich erneut um eine Beilegung des Kriegs zwischen Iran und Irak bemühen (XNA, 3.12.84). -we-

* (4)

China - Kuwait: Modellfall der "Süd-Süd-Zusammenarbeit"

Seit China und Kuwait 1971 Beziehungen aufgenommen haben, ist es zwischen dem größten Entwicklungsland der Welt und einem der kapitalträchtigsten und reichsten Ölländer zu einer geradezu idealen Zusammenarbeit gekommen: Dies ist zumindest die Meinung der chinesischen Führung, die von einem "Modellfall für die 'Süd-Süd-Kooperation'" spricht (XNA, 7.1.85). Im August hatte eine Delegation der Kuwaitischen Nationalversammlung die Volksrepublik besucht (XNA, 24., 25. und 28.8.84). Anfang Januar kam der Kuwaitische Öl- und Finanzminister nach China und unterzeichnete eine Reihe von Abkommen, die für die Volksrepublik höchst profitabel sind. U.a. wird der "Kuwaitische Fond für Arabische Wirtschaftsentwicklung" China in den nächsten Jahren zinsgünstige Kredite im Werte von 9 Mio. Dinar (ungefähr 30 Mio. US\$) gewähren, mit denen u.a. ein hydroelektrisches Kraftwerk in der Provinz Fujian gebaut werden soll. Zusätzlich wurde vereinbart, eine gemeinsame chinesisch-arabische Firma für die Erzeugung von chemischem Dünger in der Hafenstadt Qinhuangdao zu bauen.

Bereits in den Jahren 1982-1984 hatte Kuwait der VR China Kredite im Werte von 43,6 Mio. Dinar (ungefähr 150 Mio. US\$) bereitgestellt,

mit denen vier Projekte finanziert wurden, nämlich der Flughafen von Xiamen (einer Sonderwirtschaftszone nördlich von Hongkong), ferner eine Zementfabrik in Ninggou/Provinz Anhui (Jahreskapazität: 1,5 Mio. t Zement), ferner eine Kunstdüngerfabrik in Ürümqi/Xinjiang (Jahreskapazität: 520.000 t Harnstoff) und eine Sperrholzplattenfabrik in der Provinz Hunan mit einer Jahreskapazität von 50.000 cbm Sperrholz, 50.000 cbm Spanplatten und 1,8 Mio. cbm Schichtplatten.

Vereinbart wurde ferner, daß baldmöglichst ein bilaterales Investitionsschutzabkommen unterzeichnet und ein beiderseitiger Investitionsausschuß eingerichtet werden solle. Unterhändler diskutierten ferner über die Gründung einer chinesisch-kuwaitischen Finanzierungsgesellschaft und einer gemeinsamen Baugesellschaft.

China hat bisher acht Kontraktgesellschaften in Kuwait gegründet, in deren Bereich bisher rund 10.000 chinesische Arbeiter eingesetzt sind.

Auch der beiderseitige Handel floriert: 1983 betrug das Gesamtvolumen 160 Mio. US\$. China exportiert nach Kuwait Textilien, Kleidung, Baumaterialien und Getreide, Öle und Nahrungsmittel und importiert von dort hauptsächlich Chemiedünger.

Die beiden Staaten haben auch Abkommen über den Flugverkehr, über Handel und Kulturaustausch geschlossen.

Inzwischen herrscht in der kuwaitischen Wirtschaft, wie es heißt, reges Interesse an Investitionen in China. Bevorzugte Bereiche seien hierbei Tourismus, Erdöl und Erdgas.

Der kuwaitische Ölminister diskutierte am 4. Januar u.a. mit Rong Yiren, dem Vorsitzenden der CITIC den Plan der Errichtung einer "Gemeinsamen Entwicklungsgesellschaft" in Beijing (XNA, 4.1.85).

Zwischen 1979 und 1984 hat China insgesamt 15,8 Mrd. US\$ an ausländischen Investitionen aufgenommen, darunter 12,5 Mrd. an Exportkrediten (einschl. 3 Mrd. Regierungskredit) sowie 3,3 Mrd. US\$ als Direktinvestitionsmittel ausländischer Firmen.

Die 150 Mio. US\$ bisher von der kuwaitischen Regierung gewährten Kredite sind in den oben erwähnten 3 Mrd. US\$-Regierungskrediten enthalten (XNA, 7.1.85).

Die Bedingungen für Kredite, die

der Kuwaitfond für arabische Wirtschaftsentwicklung einräumt, sind günstig und liegen im allgemeinen nur bei 0,5-5%, nur in besonderen Fällen steigen sie bis zu 7%. Die Rückzahlungsfrist liegt zwischen dem 15. und dem 40. Jahr, wobei jeweils noch Verlängerungen von drei bis zehn Jahren eingeräumt werden können. Dies sei ein gewaltiger Unterschied zu den harten Bedingungen vieler Industrieländer und trage außerordentlich positiv, wie es heißt, zur chinesischen Modernisierung bei (XNA, 4., 7. und 17.1.85).

Solche Partner möchte China gern noch mehr haben! Kein Wunder, daß es voll des Lobes für die kuweitische Innen- und Außenpolitik und für seine Mitwirkung im Golf-Kooperationsrat ist!

Auch mit dem Sultanat von Oman, mit dem China wegen seiner Unterstützung der PFLOAG (Peoples' Front for the Liberation of the Occupied Arabian Gulf) jahrelang auf Kriegsfuß gestanden hatte, unterhält Beijing heute optimale Beziehungen, seit beide 1978 diplomatische Beziehungen aufgenommen haben. Der Oman ist ebenfalls ein wohlhabender Ölstaat, von dem China vielleicht eines Tages ähnliche Vorteile zu erwarten hat wie von Kuwait. Im Mai 1983 schlossen beide Seiten ein Zivilluftverkehrsabkommen ab (XNA, 4.5.83). Der Oman gehört ebenfalls dem Golf-Kooperationsrat an. -we-

* (5)

Diplomatische Beziehungen zwischen China und den Vereinten Arabischen Emiraten (VAE)

Am 1. November 1984 haben die VAE und China diplomatische Beziehungen aufgenommen. Die VAE folgen damit dem Beispiel Kuweits (1971) und Omans (1978). Offensichtlich haben die exzellenten Beziehungen zwischen China und Kuwait als Anreiz gedient. Für China ist mit diesem diplomatischen Akt ein weiterer Schritt in Richtung auf Saudi-Arabien getan, das immer noch an seinen Beziehungen mit Taiwan festhält.

Die VAE, einst britisches Protektorat, wurden im Dezember 1971 gegründet und weisen sieben Emirate als Mitglieder auf, nämlich Abu Dhabi, Dubai, Sharjah, Ajman, Fujairan, Umm al Quwain und Ras al Khaiman. Die Erdölreserven der VAE werden auf 31 Mrd. Barrel und seine Gasvorräte auf 470 Mio. cbm geschätzt. I.J. 1980 betrug die Öleinnahmen 19,2 Mrd. US\$. Mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 24.660 US\$ jährlich wurden die VAE damit das reichste Gebiet der Welt. Die Ölreserven reichen ungefähr noch 80 Jahre. Die VAE bemü-

hen sich auch um Entwicklung ihrer Landwirtschaft. Der "Oberste Rat", ein Gremium aus den Herrschern aller sieben Emirate, ist das höchste Gremium der VAE (diplomatisch auch Oman).

China darf sich gute Chancen ausrechnen, mit den VAE in ebenso profilierte "Süd-Süd-Kooperationsbeziehungen" einzutreten wie mit Kuwait. Beijing überschüttet vor allem die Leistungen des Golf-Kooperationsrates (GCC), dem auch die VAE angehören, mit Anerkennung (XNA, 1., 2., 3. und 5.11.; 11.12.1984.) -we -

ASIEN

*

*

* * * * *

* (6)

Wohlwollende Beurteilung der ASEAN durch China

In einem Rückblick auf die Wirtschaftsentwicklung der ASEAN i.J. 1984 zieht China eine höchst positive Bilanz: Mit Ausnahme der Philippinen, die angesichts der politischen Unruhen Rückschläge erlitten und ihre Außenhandelsverschuldung auf 25,6 Mrd. US\$ hätten auflaufen lassen, könnten die anderen fünf höchst positive Ergebnisse vorweisen: Malaysia habe einen Industrialisierungsplan sowie ein Landwirtschaftskonzept gestartet, das großräumigere Strukturen schaffen soll. Thailand habe sich auf die zurückgebliebenen Gebiete des Landes konzentriert und beachtliche Erfolge im Bereich des Bewässerungswesens, der Energieversorgung und des Transportwesens erzielen können. Indonesien, das durch den Rückgang der Öleinnahmen eine Zeitlang Rückschläge habe hinnehmen müssen, habe inzwischen seine Kohleindustrie entwickelt und außerdem die Bauholz- und Kautschukexporte gesteigert. Ende 1984 habe es über Devisenreserven in Höhe von 9,7 Mrd. US\$ verfügt. Brunei schließlich, das sich am 1. Januar 1984 der ASEAN-Allianz angeschlossen hat, habe mit einem langfristigen Programm zur baldigen Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln begonnen. Singapur sei vor allem beim Einwerben ausländischer Investitionen erfolgreich gewesen. Seit Anfang der achtziger Jahre wurden dort Investitionen in Höhe von 1,8 Mrd. US\$ getätigt, davon 86% mit ausländischem Kapital. Zusammen mit Thailand sei Singapur auch dasjenige Land in der ASEAN, das sich am meisten um die Absorption moderner Hochtechnologie bemühe. Indonesien habe inzwischen mit einer eigenen Computerindustrie begonnen.

In den ASEAN-Ländern waren die Ernten des Jahres 1984 insgesamt

besser als die des Jahres 1983 - Folge einer verfeinerten Landwirtschaftstechnologie. Indonesiens Reisproduktion stieg sogar um 6,4% gegenüber 1983 auf nunmehr 25,5 Mio. t an. In Thailand ging die Reisernte von 3,7 Mio. t i.J. 1983 auf 4,5 Mio. t i.J. 1984 hoch.

Verbessert habe sich auch der intraregionale Handel (XNA, 2.1.85). Worte des Lobes findet China des weiteren für die Ergebnisse der 17. ASEAN-Außenminister-Konferenz, bei der erneut der Rückzug der vietnamesischen Truppen als Voraussetzung für die Lösung des kambodschanischen Problems gefordert worden sei. -we-

* (7)

Annäherung zwischen China und Indonesien am Vorabend des 30. Jahrestags der Bandung-Konferenz?

Vom 18.-24. April 1955 fand in Bandung/Westjava eine Konferenz von 340 Delegierten aus 23 asiatischen und 6 afrikanischen Staaten statt, unter denen China, Indien und Indonesien die prominentesten Teilnehmer waren. Die Versammlung brachte drei Gruppen von Entschlüssen heraus, nämlich über die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den afro-asiatischen Staaten, zweitens Entschlüssen über das Selbstbestimmungsrecht aller Völker, über Unabhängigkeit, gegen Rassendiskriminierung und gegen Atomwaffen sowie drittens eine Proklamation der Grundsätze freundschaftlicher Zusammenarbeit. Die Konferenz von Bandung war eine Art Rüttschur der Dritten Welt und der erste Versuch der afro-asiatischen Staaten zu einer gemeinsamen Dritte-Welt-Politik. Die für 1965 in Algier geplante zweite "Bandung"-Konferenz kam allerdings nicht zustande.

Zum 30. Jahrestag will nun die indonesische Regierung eine Jubiläumsfeier veranstalten, die als "goldene Gelegenheit für Süd-Süd-Kontakte" angepriesen wird.

Eine der wichtigsten Fragen, die sich im Vorfeld der Konferenz stellt, richtet sich darauf, ob auch China an den Feierlichkeiten teilnimmt. Die diplomatischen Beziehungen zwischen Jakarta und Beijing sind seit 1967 eingefroren, nachdem China beschuldigt wurde, an dem angeblich nur knapp gescheiterten "Septemberaufstand" der Kommunisten von 1965 aktiv beteiligt gewesen zu sein.

Seit Oktober 1984 werden in Indonesien Pläne über die Anbahnung "direkter Handelskontakte" mit China erörtert. Außenminister Mokhtar zeigt sich optimistisch: Zum einen bestehe in indonesischen

Geschäftskreisen lebhaftes Interesse, hier dem Beispiel Malaysias zu folgen, zum anderen könne es sich Indonesien einfach nicht leisten, in den Beziehungen zum Einmilliardenstaat der Chinesen ganz zurück zu bleiben (Radio Jakarta, in SWB, 18.10. und 6.11.1984).

Die Volksrepublik fing den Ball auf und ließ durch den Sprecher ihres Außenministeriums erklären, daß sie auf den Vorschlag von Gesprächen zwischen der indonesischen Industrie- und Handelskammer und entsprechenden chinesischen Organisationen in Singapur oder Hongkong gern eingehen wolle, sobald Indonesien nur einen formalen Vorstoß in diese Richtung unternehme. Der Sprecher erklärte zugleich, daß China an einer möglichst baldigen Normalisierung der diplomatischen Beziehungen interessiert sei (XNA, 21.11.84; SWB, 22.11.84 und 15.1.85). Mitte Dezember gab Außenminister Mokhtar bekannt, daß die indonesische Regierung bereits Beschlüsse über die Aufnahme direkter Handelskontakte mit China gefaßt habe (Radio Jakarta, in SWB, 10.12.84). Solche Beziehungen seien allerdings strikt "unpolitisch" (Radio Jakarta, in SWB, 15.1.85).

Aus diesem Hin und Her der Aussagen geht deutlich hervor, wie umstritten der "Fall China" in indonesischen Regierungskreisen nach wie vor ist. -we-

*(8)

Verdichtung der Zusammenarbeit zwischen China und Thailand

Das ganze Jahr 1984 hindurch fand ein reger Austausch zwischen beiden Ländern im politischen, militärischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich statt. Anfang Februar besuchte der thailändische Handelsminister die Volksrepublik. Außenwirtschaftsministerin Chen Muhua und Ministerpräsident Zhao Ziyang versicherten den Besuchern, daß China bereit sei, neue Bereiche und Formen für Zusammenarbeit und Ausdehnung des Handels zu diskutieren. Seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen am 1.7.1975 sei der gegenseitige Handelsaustausch laufend gestiegen (XNA, 9., 10. und 11.2.1984). Für Thailand war der Handel in der Tat von Vorteil: China lieferte ihm - im Zeichen der Energiekrise - Öl zu "Freundschaftspreisen". 1978 lieferte China beispielsweise 40.000 t verfeinertes Dieselöl und 90.000 t Rohöl. 1979 wurde ein Vertrag für den Verkauf von 770.000 t Rohöl und 250.000 t hochverfeinerten Dieselöls zu Preisen abgeschlossen, die unter den OPEC-Standards lagen (BP, 7.5.1979).

Darüber hinaus lieferte China einfachere Technologien. Die japanische "Vormacht" als Lieferant von Industriegütern konnte damit zwar nicht gebrochen, doch immerhin "vom Rücken her" bedroht werden. Wichtig für Thailand war auch, daß China von Thailand größere Mengen Landwirtschaftsgüter kaufte, wie Reis, schwarze Bohnen, Mais, Kautschuk und sogar einfache Industriegüter wie z.B. Elektrogeräte.

Wenn die beiderseitigen Geschäfte so gut liefen, so waren dafür nicht nur die niedrigen chinesischen Preise und die relativ gute Qualität, sondern auch der Patriotismus der Überseechinesen Thailands mit verantwortlich.

Noch enger wurden die Beziehungen zwischen beiden Staaten nach dem Einmarsch der vietnamesischen Truppen in Kambodscha (Januar 1979). Thais und Chinesen arbeiteten von nun an bei der Versorgung des Demokratischen Kampuchea mit Waffen und Nahrungsmitteln sowie beim Aufbau der DK-Dreierkoalition Hand in Hand. Überdies gewährte Thailand auf chinesische Bitten den DK-Truppen Rückzugsmöglichkeiten auf thailändisches Gebiet. Beijing honorierte diese Kooperationsaktivität dadurch, daß es seine Unterstützung für die KPTH aufgab und veranlaßte, daß der Partisanensender "Stimme des thailändischen Volkes" seine Sendungen einstellte.

Nach und nach wurden die Beziehungen auch auf den militärischen Sektor ausgedehnt. Mitte Mai besuchte beispielsweise der Oberbefehlshaber der thailändischen Streitkräfte, General Arthit, die VR China, unterrichtete dort die chinesischen Militärs über die Verletzung thailändischen Territoriums durch eingedrungene vietnamesische Truppen und sprach sich lobend über die chinesische Kambodschapolitik aus. Generalstabschef Yang Dezhi sprach vom chinesischen Wunsch nach einer weiteren Stärkung der freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen chinesischen und thailändischen Streitkräften - was immer dies heißen mag (XNA, 15. und 16.5.84). Arthit besuchte die Nationale Hochschule für Verteidigung (XNA, 2.5.84) und andere militärische Einrichtungen, z.B. eine Panzerdivision (XNA, 18.5.84).

Ende Juli kam der thailändische Außenminister Siddhi Savetsila nach China und besprach sich mit den Spitzen der chinesischen Führung über eine weitere "Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen" (XNA, 27.7.84). Immer wieder war dabei auch von der völligen Übereinstimmung der thailändischen und chinesischen Interessen die

Rede.

Mitte Dezember besuchte der stellvertretende Ministerpräsident Bhichai die Volksrepublik. Fast zur gleichen Zeit kam eine NVK-Delegation unter der Leitung Ye Feis nach Thailand (XNA, 11.12.84).

Eine Reihe von Abkommen zeugt von der Intensität der beiderseitigen Beziehungen: Bis Dezember 1984 hatten beide Seiten ein Dutzend gemeinsame Projekte vereinbart, u.a. die vereinte Produktion von Kleinmotorrädern, Hühnerfarmen und einer Glasfabrik (XNA, 17.12.84). Die Kleinmotorradfabrik, ein chinesisch-thailändisches Joint Venture, begann Anfang Dezember mit ihrer Produktion in Shanghai. 1988 sollen 90.000 Einheiten, 1994 bereits 150.000 Einheiten pro Jahr hergestellt werden. Die Firma benutzt Technologie aus Japan (XNA, 7.12.84).

Bereits im August 1984 hatten beide Seiten ein Kooperationsabkommen für die gemeinsame Förderung des Tourismus geschlossen. Beide Seiten wollen Informationen und Statistiken über den Tourismus in ihren Ländern austauschen und Güter für den Tourismus produzieren. Die Drehscheibe für den beiderseitigen Austausch soll das nordthailändische Chiang Mai sein (XNA, 18.8.84).

Am 8. Juni 1984 hatten beide Seiten ferner vereinbart, gegenseitig Zollinformationen auszutauschen, um u.a. auch dem Schmuggel zu steuern (Radio Bangkok, in SWB, 11.6.84).

Was den Außenhandel anbelangt, so will China in den nächsten Jahren weiter Reis, Mais, Rohzucker, Mungbohnen, Kautschuk, Cashewnüsse, Sperrholz, medizinische Kräuter, synthetische Faser und Tabakblätter beziehen, während Thailand umgekehrt von China vor allem Rohöl und Dieselöl kauft.

Im April 1984 wurde ein Luftverkehrsabkommen zwischen beiden Ländern abgeschlossen, demzufolge die Thai Airways International wöchentlich zweimal Beijing und die chinesische CAAC wöchentlich zweimal Bangkok anfliegt (Radio Bangkok, in SWB, 12.4.84). Die CAAC hatte Bangkok bisher einmal pro Woche - und zwar seit 29. August 1980, Thai seit April 1981 Guangzhou und seit Mitte 1982 wöchentlich einmal Beijing angefliegen.

Kulturbeziehungen:

Bereits im Oktober 1983 war es zum Abschluß eines Abkommens über wissenschaftliche Zusammenarbeit gekommen, vor allem im Landwirtschafts-, Forst- und Geologiebereich (XNA, 18.12.83).

Im Dezember 1983 genehmigte das thailändische Erziehungsministerium die Verwendung von vereinfachten chinesischen Schriftzeichen. Chinesisch wird in 150 Schulen des Landes gelehrt (XNA, 19.12.83).

Im April 1984 begann auch die Politik der Patenschaften. Als erstes schlossen die Stadt That Khorat, ein Handelszentrum für Reis und Vieh (rund 240 km nordöstlich von Bangkok) mit der südchinesischen Stadt Guangzhou ein solches Abkommen (XNA, 19.4.84). Zu den thailändischen Freundschaftsgesten gegenüber China gehört auch die Schenkung von Büdhastatuen (z.B. XNA, 25.8.84). -we-

INNENPOLITIK

*

*

*(9)

Vier Hauptaufgaben im Jahre 1985

In ihrem Leitartikel zum Neuen Jahr hat die "Volkszeitung" folgende vier Hauptaufgaben genannt, die im Jahre 1985 vorrangig in Angriff genommen werden sollen:

1. Beschleunigung der Reform des Wirtschaftssystems in den Städten bzw. auf dem industriellen Sektor.
2. Festlegung der Eckdaten des 7.Fünfjahrplans.
3. Fortsetzung der politischen Ausrichtung der Kommunistischen Partei Chinas am nachmaoistischen Reformkurs.
4. Personelle Neubesetzung der Führungsgremien aller Ebenen mit jungen Funktionären, die politisch verlässlich sind, einen korrekten Arbeitstil haben und die fähig und gebildet sind.

Bei allen vier Hauptaufgaben geht es dem Leitartikel des ZK-Organs zufolge um "ein zentrales Ziel", nämlich "die weitere Entwicklung der Produktivkräfte" - sprich: eine bessere wirtschaftliche Entwicklung. (RMRB, 1.1.85) -sch-

*(10)

"Volkszeitung" veröffentlicht Deng-Rede: Weitere personelle Absicherung der politischen Kontinuität erforderlich

Das ZK-Organ "Volkszeitung" veröffentlichte am Neujahrstag eine Rede von Deng Xiaoping, die dieser auf der 3.Plenartagung der Zentralen Beraterkommission der KP Chinas am 22.Oktober 1984 gehalten hatte. In dieser Rede nahm Deng Xiaoping zu folgenden drei Themenkomplexen Stellung:

1. Kontinuität des nachmaoistischen Reformkurses,
2. Lösung der Hongkong-Frage und
3. wirtschaftliche Entwicklung (siehe zu diesem Punkt die betreffende Übersicht unter "Wirtschaft").

Deng Xiaoping bezeichnete das mangelnde Vertrauen in die Kontinuität des gegenwärtigen Kurses als ein "sehr großes Problem". Deng beschränkte diese Vertrauenskrise zwar ausdrücklich auf die ausländischen Betrachter der chinesischen Verhältnisse, doch aus dem Kontext der Rede wird deutlich, daß die Adressaten seiner Ausführungen primär die eigenen Landsleute sind. Deng hielt den Zweiflern im In- und Ausland entgegen, daß der neue Kurs populär sei - vor allem auf dem Land. Bei einer Kursänderung würde sich der Lebensstandard der Bauern sofort verschlechtern, und deshalb seien die 800 Mio. Bauern gegen eine Abkehr vom gegenwärtigen "korrekten" Kurs. Darüber hinaus habe er, Deng, seine Arbeit eingeschränkt, um den jüngeren Hu Yaobang und Zhao Ziyang die Führung der politischen Tagesarbeit zu überlassen. Doch die damit erneut als seine direkten Nachfolger bestätigten Hu Yaobang (69) und Zhao Ziyang (65) seien, so Deng, nun auch bald 70 Jahre alt. Deshalb forderte Deng im letzten Teil seiner Rede eine erhebliche Verjüngung aller Führungsgremien. Es gebe zwar gegenwärtig schon eine Reihe von sehr guten Führungskadern, die nur etwas älter als 50 Jahre seien, doch in 10 Jahren gehörten auch sie zum alten Eisen. Es komme deshalb jetzt darauf an, Funktionäre in den 30er und 40er Lebensjahren für künftige Führungsaufgaben heranzuziehen. In diesem Zusammenhang forderte Deng Xiaoping die "alten Genossen" energisch auf, ihre Posten zu räumen und sie für jüngere Kader freizumachen. Die Pensionierung der alten Kader sei "wahrlich keine leichte Angelegenheit", doch sie müsse durchgesetzt werden, damit die jüngeren Kräfte endlich nach oben kommen könnten. Anderenfalls besteht für Deng tatsächlich die Gefahr erneuter politischer Umwälzungen: "Wenn diese Frage nicht gelöst wird, dann werden in Zukunft große Probleme auftreten und dann wird man große Fehler begehen." (RMRB, 1.1.85)

Wie wichtig Deng Xiaoping die alsbaldige Regelung seiner politischen Nachfolge selbst im dritten und vierten Glied einschätzt, geht auch daraus hervor, daß er die Berufung von jungen, fähigen und politisch verlässlichen Kadern auf Führungspositionen für die wichtigste Maßnahme im Rahmen der im Oktober 1984 beschlossenen Reform des Wirtschaftssystems hält. Deng

gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß er sich nach einer Zeit des Übergangs schließlich vollständig von der politischen Arbeit zurückziehen könne: "Dann hätte ich meine Aufgabe erfüllt. Doch von der gegenwärtigen Lage her betrachtet, muß ich noch ein paar Dinge tun." (RMRB, 1.1.85) In diesem Zusammenhang wird von einer Reihe von ausländischen Betrachtern häufig nur das Amt des Vorsitzenden der Zentralen Beraterkommission erwähnt, das Deng innehat. Tatsächlich ist jedoch der Vorsitz der ZK-Militärkommission das weitaus wichtigere Amt, das Deng Xiaoping nach wie vor bekleidet. Es dürfte sogar die wichtigste politische Position in der Volksrepublik China darstellen und deshalb auch das Amt des ZK-Generalsekretärs an machtpolischer Bedeutung übertreffen. Solange Deng also den Vorsitz der ZK-Militärkommission innehat, hat er die Zügel in der Hand. -sch-

*(11)

9.Sitzung des Ständigen Ausschusses des VI.NVK

Der Ständige Ausschub des VI.Nationalen Volkskongresses trat vom 10. bis 21.Januar 1985 in Beijing zu seiner 9.Sitzung zusammen. Im Mittelpunkt der Beratungen standen mehrere Wirtschaftsgesetze, von denen jedoch nur das Buchhaltungsgesetz endgültig verabschiedet wurde. Das lange erwartete Gesetz über Wirtschaftsverträge mit dem Ausland wurde überraschenderweise nicht verabschiedet. Die Ständige Konferenz des Staatsrats hatte den Gesetzentwurf bereits am 4.September 1984 verabschiedet und den Ständigen NVK-Ausschuß aufgefordert, die Beratungen des Gesetzentwurfs in Angriff zu nehmen. Seither ist der Entwurf mehrfach überarbeitet worden, ohne daß sich der Ständige NVK-Ausschuß zur Verabschiedung bereit erklärte. Allem Anschein nach stellt das Gesetz über Wirtschaftsverträge mit dem Ausland einen Zankapfel zwischen dem Staatsrat (Zentralregierung) und dem Ständigen Ausschub des Nationalen Volkskongresses (Parlamentsorgan) dar. (RMRB, 11.1.85)

Insgesamt faßte der Ständige Ausschub des VI.NVK auf seiner 9.Sitzung folgende Beschlüsse:

1.

Einberufung der 3.Tagung des VI.Nationalen Volkskongresses für Ende März 1985 in Beijing. Die Vorverlegung der alljährlichen NVK-Plenartagung in das erste Vierteljahr soll in Zukunft zur Regel werden. Begründung: Der NVK erhalte damit im Bedarfsfall bessere Möglichkeiten, den Jahresplan und den Staatshaushalt noch rechtzeitig zu korrigieren (RMRB, 15.1.85). Auf der Tagesordnung der